

Das Weiße Haus wird regenbogenfarben: Obamas riskantes Bekenntnis zur Homosexuellen-ehe

Zusammenfassung der US-Berichterstattung für die Woche vom 7. bis 11. Mai 2012

(ag) In der vergangenen Woche blieb der US-Präsidentschaftswahlkampf weiterhin im Zentrum der Presseaufmerksamkeit. Besonders kontrovers diskutiert wurde das *ABC*-Interview vom 9. Mai, in dem sich Präsident Obama erstmals eindeutig für die Anerkennung der gleichgeschlechtlichen Eheschließung aussprach. Zuvor hatte er lediglich eingetragenen Partnerschaften zugestimmt. Obama begründete seinen aktuellen Standpunkt, der durch zahlreiche persönliche Erfahrungen in seinem unmittelbaren Umfeld geprägt wurde, als Ergebnis einer langjährigen Entwicklung. Dennoch soll den einzelnen Bundesstaaten die Entscheidung über die Einführung der Ehe zwischen Homosexuellen überlassen werden, wie der Präsident betonte. Die *Washington Post* schätzte Obamas Äußerung sechs Monate vor der Präsidentschaftswahl als durchaus riskant ein und prophezeite, dass sein republikanischer Kontrahent Mitt Romney deutlich von der Unterstützung sozialkonservativer und evangelikaler Wähler profitieren wird. Als Reaktion auf Obamas Stellungnahme bestärkte Romney noch am selben Tag seine traditionelle Ansicht über die Ehe als ein Bündnis zwischen Mann und Frau. Weiterhin äußerte die *LA Times* die Vermutung, dass der Bundesstaat North Carolina eine Hürde zur Wiederwahl Obamas darstellen wird, zumal dort erst einen Tag zuvor ein Verfassungszusatz gebilligt wurde, der ausschließlich eine Ehe zwischen heterosexuellen Partnern zulässt. *ABC News* ergänzte darüber hinaus, dass die verschiedenen Auffassungen der politischen Gegner bezüglich der Homosexuellen-ehe besonders in umkämpften „Swing States“ wie Ohio, Florida und Virginia zu entscheidenden Wählerspaltungen führen werden. *CNN* zitierte hingegen sämtliche Befürworter dieses Schritts, unter anderem den New Yorker Bürgermeister Michael Bloomberg, der den riskanten Schritt des Präsidenten sogar als einen „wichtigen Wendepunkt in der Geschichte der amerikanischen Bürgerrechte“ bezeichnete.

Des Weiteren beschäftigten sich die US-Medien mit dem scheinbar allgegenwärtigen Finanzproblem im amerikanischen Bildungswesen. Unter Berufung auf neueste Daten des Bildungsministeriums der Vereinigten Staaten berichtete die *New York Times*, dass derzeit vierundneunzig Prozent der amerikanischen Bachelorstudenten die hohen Studiengebühren durch Bildungskredite decken. Jedoch ist nach Angaben der *Federal Reserve Bank* in New York jeder vierte Universitätsabsolvent nicht in der Lage, den aufgenommenen Studienkredit zurückzuzahlen. Am vergangenen Dienstag scheiterte der Gesetzesentwurf der Demokraten, der die Beibehaltung des aktuellen Zinssatzes vorsah, im US-Senat. *CNN* bekundete, dass die Uneinigkeit zwischen den beiden Parteien vor allem durch unüberbrückbare Differenzen angesichts der finanziellen Umsetzung des Vorhabens zustande kam. Sollte keine weitere Abstimmung stattfinden, wird sich der Zinssatz trotz des stetigen Anstiegs der Zahlungsunfähigkeit der Studenten ab Juli diesen Jahres auf 6,8 Prozent verdoppeln und somit vielen jungen Menschen den Zugang zu Bildung zusätzlich erschweren.

Zum Abschluss der Woche sorgte vergangenen Freitag das Cover des *TIME Magazine* landesweit für Empörung, weil es eine Mutter beim Stillen ihres fast vierjährigen Sohnes zeigte. Das so dargestellte „Attachment Parenting“ steht für eine Erziehungstheorie, die unmittelbare körperliche Nähe zwischen Mutter und Kind bis ins frühe Kindesalter hinein als unentbehrlich für eine tiefe familiäre Bindung ansieht. Neben der verlängerten Stillzeit gehören zu den Methoden dieses Ansatzes, das Kind in einem Tuch zu tragen und im Bett der Eltern schlafen zu lassen, ohne es dabei an „künstliche Trennungsmethoden“ wie Schnuller oder Fläschchen zu gewöhnen. Nach Ansicht von Kritikern dieser bindungsorientierten

Elternschaft, zu denen zahlreiche Psychologen zählen, versäumen Kinder dadurch Eigenschaften wie Selbstständigkeit und Unabhängigkeit zu entwickeln.

Quellen:

abcnews.go.com

cnn.com

newyorkfed.org

nytimes.com

washingtonpost.com